



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *IWF-Chef Rodrigo Rato tritt zurück: Rückkehr in die spanische Politik?*



Wie eine Bombe schlug die Nachricht vom Rücktritt des Chefs des Internationalen Währungsfonds in das politische Madrid ein. Der Spanier Rodrigo de Rato (Foto) erklärte, er wolle sein Amt nach der nächsten Generalversammlung von IWF und Weltbank am 21. Oktober zur Verfügung stellen. Der 58-jährige, der seit 2004 als Nachfolger von Horst Köhler das Amt des IWF-Chefs bekleidet, gehört zu den hochrangigsten Spaniern auf der internationalen Ebene. Seine Rücktrittsankündigung ist die zweite eines hochrangigen Spaniers, der die internationale Bühne verlässt. Erst vor wenigen Wochen erklärte Ratos Parteifreund Javier Rupérez seinen Rücktritt als Chef des UN-Anti-Terror-Ausschusses. Als Grund für diese Entscheidung gab Rato „persönliche Gründe“ an. Er wolle sich künftig verstärkt seinen familiären Aufgaben wie etwa der Erziehung seiner Kinder widmen, so der IWF-Chef.

Mit der Rücktrittserklärung setzten prompt die Spekulationen über die politische Zukunft Ratos ein. In einem Interview mit der Tageszei-

tung „El País“ dementierte der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister unter José María Aznar Spekulationen, er plane eine Rückkehr in die spanische Politik: „Ich bin Mitglied der PP und werde mit der PP weiter zusammenarbeiten. Ich kehre aber nicht in die Politik zurück“, so Rato. „Alles hat seine Zeit und es gibt Zeiten, die vorbeigehen. Ich kehre ins Privatleben zurück“. Rato, der als Vater des spanischen „Wirtschaftswunders“ gilt, wollte in dem Interview auch keine Kommentare zur aktuellen Situation seiner Partei oder zur politischen Lage seines Landes abgeben.

Trotz dieser Dementis bringt die Ankündigung Ratos das politische Madrid in Schwung. Sowohl innerhalb der Volkspartei als auch in der spanischen Presse glauben viele, dass Rato angesichts der möglich erscheinenden Regierungsübernahme der PP nach den nächsten Parlamentswahlen in die erste politische Reihe zurückkehren könnte, wenn ihn seine Partei lange genug darum bitten würde. Die konservative Zeitung ABC, die gut über PP-Interna informiert ist, zitiert eine Person aus dem Umfeld Ratos mit den Worten: „Wenn Rajoy seinen Freund Rato braucht, wenn ihn seine Partei braucht, wenn ihn Spanien braucht, wer weiß“.



PP-Sprecher Gabriel Elorriaga (Foto) erklärte, die PP würde Rato „mit offenen Armen“ empfangen und ihm einen guten Platz auf den Listen für die Parlamentswahlen freimachen, „wenn er dies wünscht“. Generalsekretär Ángel Acebes sagte, er sei überzeugt, dass Rato nach einem Wahlsieg Mariano Rajoy „dort wo er kann“ mitarbeiten werde. Auch die Madrider Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre sagte, die Rückkehr Ratos nach Spanien sei eine „wunderbare Neuigkeit“.

Politische Beobachter glauben, dass eine Rückkehr des parteiübergreifend hoch angesehenen Rato in die nationale Politik die PP weiter in die politische Mitte rücken würde. Die regierungsnahen Zeitung „El País“ zitiert eine nicht namentlich genannte „wichtige Führungsfigur“ der PP in Madrid, wonach Rodrigo Rato als Nummer Zwei hinter Mariano Rajoy bei den nächsten Parlamentswahlen „der Traum eines jeden“ sei, „der sich eine gemäßigte PP wünscht“. Obwohl José María Aznar im September 2003 Mariano Rajoy anstelle des von vielen favorisierten Rato per „Fingerzeig“ zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, gelten die Beziehungen zwischen Rato und Rajoy als gut.

Rodrigo Rato unterhält auch exzellente Kontakte zur katalanischen CiU, auf deren Unterstützung die PP bei einem möglichen Wahlsieg wohl angewiesen wäre. Bereits 1996 hatte er den Pakt zwischen PP und dem liberal-christdemokrati-

schen Parteienbündnis ausgehandelt. Der Vorsitzende der CiU-Fraktion im spanischen Parlament und Chef der christdemokratischen UDC, Josep Antoni Duran i Lleida (Foto), ließ durchblicken, dass ihn



eine mögliche Rückkehr seines „Freundes“ Rato in die spanische Politik freuen würde. Der scheidende IWF-

Chef habe seine Arbeit an der Spitze der Finanzinstitution nicht nur „hervorragend“ erledigt, sondern er wäre auch „ein hervorragender Ministerpräsident“ für Spanien gewesen, der die politische Instrumentalisierung des Madrider Terroranschlags vom 11. März 2004 „nicht zugelassen“ hätte. Die Sozialisten, so Durán i Lleida, hätten seinerzeit „befürchtet“, dass Aznar Rato anstelle von Rajoy zu seinem Nachfolger ernennen würde.

Parteiintern bedeutet der Rückkehr Ratos eine Stärkung des gemäßigten Flügels. Schon seit geraumer Zeit wird heimlich über eine Rückkehr von Rato spekuliert. So sollen gemäßigte PP-Spitzenfunktionäre im ständigen Kontakt zu Rato gestanden und ihm zu einer Rückkehr gedrängt haben. Sie sind der Ansicht, dass ein Sieg der Volkspartei unter Mariano Rajoy kaum noch möglich ist, solange die Partei von ehemaligen „Aznaristen“ wie PP-Generalsekretär Ángel Acebes und dem Fraktionsvorsitzenden Eduardo Zaplana geleitet wird. Auch die Rolle des ehemaligen Parteichefs Aznar als „graue Eminenz im Hintergrund“ wird kritisch betrachtet.

Die Partei müsse sich personell regenerieren und dies könne nicht mehr unter Rajoy stattfinden, behaupten die Kritiker innerhalb des eigenen Lagers. Hinter vorgehaltener Hand heißt es, Rato wolle ein „Team“ aus Vertrauten bilden, um nach einer möglichen Niederlage der Volkspartei bei den anstehenden Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr die Parteiführung zu übernehmen. Rato habe weniger Interesse an einer Funktion in zweiter Reihe, sondern strebe den Vorsitz und die Spitzenkandidatur der PP bei den übernächsten Wahlen an.

Trotz der überschwänglichen Reaktionen aus der Volkspartei zur Rückkehr des „verlorenen Sohnes“, dürfte nicht jeder in der obersten Parteiführung die Entscheidung Ratos begrüßen. Denn die alte Garde Aznars, die nach der Niederlage 2004 hohe Parteifunktionen übernommen hat, muss um ihre Posten fürchten. Denn selbst wenn Rato nicht aktiv in die Politik zurückkehrt, dürfte seine Anwesenheit in Spanien auf die Partei einen mäßigen Einfluss ausüben. Für die „Hardliner“ der PP ist dies eine schlechte Nachricht. PP-Chef Rajoy muss nun für Ruhe sorgen und die Rückkehr von Rato sorgfältig planen, um die Partei vor einer ideologischen Spaltung zwischen Hardlinern und Gemäßigten zu bewahren. Gleichzeitig muss sich Regierungschef Zapatero vor dem „heimlichen“ Konkurrenten Rato hüten. Denn einerseits verfügt Rato über das notwendige Charisma, die Wählerinnen und Wähler in der Mit-

te auf seine Seite zu ziehen, und andererseits sind die gemäßigten politischen Kräfte auf der regionalen Ebene ihm eher als Zapatero oder der gegenwärtigen PP-Führung wohl gesonnen. Rato besitzt die Fähigkeit, eine Mitte-Rechts-Koalition aus PP und CiU zu bilden. Die Schlacht um die Mitte hat damit eingesetzt.

>> Portugal übernimmt EU-Ratspräsidentschaft



Als Nachfolger von Deutschland ist seit dem 1. Juli Portugal das Land, welches die Präsidentschaft

des Rates der Europäischen Union innehat. Auf Angela Merkel als Ratspräsidentin folgt der portugiesische sozialistische Ministerpräsident José Sócrates. Bei der Vorstellung des Programms der Präsidentschaft am 26. Juni im Lissaboner Parlament nannte Sócrates (Foto) „drei Kernachsen“, um die sich Portugals Ratspräsidentschaft drehen wird: der EU-Vertragsprozess, eine Agenda zur Modernisierung von Europas Wirtschaft und Gesellschaft und die Stärkung von Europas Rolle in der Welt.



Bei den ersten beiden Themen kommt Portugal vor allem die Rolle der administrativen und diplomatischen Leitung zu. Im Rahmen der EU-Außenbeziehungen möchte Portugal jedoch eigene Akzente set-

zen, wie Portugals Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Manuel Lobo Antunes erklärte: „Wir werden versuchen, dem nächsten Halbjahr eine persönliche portugiesische Note zu geben“.

Getreu dem Motto der portugiesischen Präsidentschaft „Eine stärkere Union für eine bessere Welt“ sieht das Land seine Hauptaufgabe in der Weiterführung des Vertragsreformprozesses, so Sócrates. Dafür habe sein Land beim EU-Gipfel in Brüssel ein „klares und präzises Mandat“ erhalten.

Auch die Lissabon-Strategie, welche die EU bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen soll, möchte Portugal entschlossen vorantreiben. Sócrates betonte, er wolle dabei auch besonders die „soziale Dimension“ dieser Strategie herausstellen.

Ein Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft soll im Bereich der Außenpolitik liegen. Besonderes Anliegen ist dabei laut Sócrates die Etablierung eines „institutionellen Dialogs“ mit Afrika. Dazu soll ein großer EU-Afrika-Gipfel im November beitragen. Auch der Dialog mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten soll intensiviert werden. Portugal steht dabei der französischen Initiative einer „Mittelmeer-Union“ positiv gegenüber. In der Frage des Türkei-Beitritts zur EU ist Portugal einer der größten Fürsprecher. Konflikte mit Deutschland und Frankreich scheinen in diesem Zusammenhang vorprogrammiert. Weiter intensivieren möchte die portugiesische Regierung die „strategische

Partnerschaft“ mit Brasilien. Bei einem EU-Brasilien-Gipfel soll das Verhältnis der Wirtschaftsräume EU und MERCOSUR im Zentrum stehen.

Das portugiesische Programm ist sehr ambitioniert und umfasst viele Initiativen und Gipfel. Es bleibt abzuwarten, ob das kleine Land dieses große Vorhaben in der geplanten Form wird meistern können. Für die sozialistische Regierung hängt von dieser Frage auch innenpolitisch viel ab, steht sie doch aufgrund ihrer Sparpolitik und ihrer Reformpläne im Steuerrecht derzeit gehörig unter Druck.

Weitere Informationen zur portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft sind auf der Webseite unter www.eu2007.pt zu finden.

>> Regierung und Opposition streiten über Ergebnis des EU-Gipfels

Ministerpräsident José Luis Zapatero (im Foto mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel) kehrte zufrieden



den vom Brüsseler EU-Gipfel zurück. Er nannte ihn einen „guten Tag für Europa, an dem alle ein bisschen gegeben und viel gewonnen“ hätten. „Einen Fehlschlag“, so Zapatero, „hätten die Bürger nicht akzeptiert“. Die Verhandlungstaktik der spanischen Regierung sei dabei „kohärent und ausgeglichen“ gewesen, so der Ministerpräsident. Einfluss in Europa messe sich nicht anhand „einer Stimme mehr oder

weniger, sondern an der Fähigkeit zu Konstruktivität und Kompromiss“.



Harte Kritik übte indes Oppositionsführer Mariano Rajoy (Foto) an der spanischen Verhandlungstaktik beim Brüsseler Gipfeltreffen. Die Haltung Zapateros sei „hochmütig und untätig“ gewesen, sagte Rajoy in einer Parlamentsdebatte. Allein der entschlossenen und am nationalen Interesse orientierten polnischen Verhandlungstaktik habe man es zu verdanken, dass Spanien aufgrund seiner ähnlichen Bevölkerungszahl wie Polen den Einfluss in Europa erhalten habe, für den Ministerpräsident José María Aznar beim EU-Gipfel in Nizza 2003 gesorgt habe. Zapatero sei in Brüssel nur ein „Komparsen“ gewesen, der im Gegensatz zu allen anderen europäischen Regierungschefs die Interessen seines Landes vernachlässigt habe. Die Verteidigung der nationalen Interessen sollte für eine spanische Regierung eine „Leidenschaft und nicht nur ein aufkommendes Hindernis“ sein, so der PP-Chef.

Die Positionen von Regierung und Opposition spiegeln die derzeitige Situation in Spanien im Vorfeld der nächsten Parlamentswahlen wieder. Die angeschlagene Regierung benötigt dringend einen politischen Erfolg. Diesen suchte und fand der Regierungschef auf der europapolitischen Bühne. Sein Auftritt als „großer Vermittler“ in der europäischen Verfassungskrise sollte aufgehen und ihm Lob – vor allem sei-

tens Deutschlands und Frankreichs – einbringen.

Die Volkspartei sieht es aus innenpolitischen Erwägungen als notwendig an, die Zapatero-Regierung auch in ihrer Europapolitik hart zu attackieren. So soll ein Großteil der PP-Stammwählerschaft zufrieden gestellt werden, welche sich weiterhin mit der unnachgiebigen Position Aznars in dieser Frage identifiziert. Um in der EU nicht den Eindruck zu vermitteln, dass die jetzige PP-Führung den Positionen Aznars nachtrauert und um die Bereitschaft einer möglichen PP-Regierung zur konstruktiven europäischen Zusammenarbeit zu signalisieren, hob Rajoy die Rolle der EU-Ratspräsidentin Angela Merkel hervor. Sie habe „einen Weg geebnet, auf dem Europa aus der institutionellen Krise der letzten Monate herausfinden kann“.

>> **Tod von sechs spanischen Soldaten im Libanon wird zum Politikum**

Ein tödlicher Anschlag im Libanon in der vergangenen Woche versetzte Spanien unter Schock. Bei der Detonation einer Autobombe am Montag starben sechs Blauhelm-Soldaten des spanischen Heeres. Unter den zwischen 18 und 21 Jahre alten Opfern befinden sich drei spanische und drei kolumbianische Soldaten, die in der spanischen Armee dien-



ten. Zwei weitere Spanier wurden verletzt. Der Urheber des Anschlags wird die Al-Kaida nahe Gruppe "Fatah-al-Islam" verdächtigt. Es handelte sich um die ersten Todesopfer der UN-Mission im Libanon (UNIFIL).

Als Reaktion reiste Verteidigungsminister José Antonio Alonso (Foto) sofort nach Beirut. Er räumte ein,



dass die vom Anschlag betroffenen Fahrzeuge nicht durch Breitbandstörer für Funkfrequenzen geschützt gewesen seien. Genau diese Tatsache nutzte Oppositionsführer Mariano Rajoy zu einem scharfen Angriff auf Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero. Aller pazifistischen Propaganda der Regierung zum Trotz befänden sich die Truppen im Libanon "im Krieg", so der PP-Chef. Deshalb sei es "absurd", dies zu verschweigen. Die Volkspartei stehe "immer auf der Seite der Soldaten und ihrer Familien". Die Regierung hingegen habe ihre Aufgabe des Schutzes der spanischen Truppen schwer vernachlässigt, so Rajoy. Es sei eine „Schande“, dass sie die Fahrzeuge nicht mit Breitbandstörern ausgerüstet habe. Zapatero konterte bei einer aktuellen Stunde im Kongress mit den Worten: „Die wirkliche Schande sind Ihre Worte, Herr Rajoy“. Die spanischen Truppen im Ausland seien heute besser ausgerüstet als je zuvor. Zudem sei es erst seine Regierung gewesen, die 2005 begonnen habe, die ersten Fahrzeuge mit Breitbandstörern auszurüsten. PSOE-Organisations-

sekretär José Blanco erklärte, die Äußerungen Rajoy's zeigten, dass die "Mäßigung" der PP nur kurz ange dauert habe. Rajoy wolle jetzt sein Gewissen wegen der spanischen Beteiligung am Irak-Krieg „reinwaschen“. Auch die PP kam in Person des Fraktionsvorsitzenden im Kongress, Eduardo Zaplana, auf den Irak-Krieg zu sprechen. Dieser versicherte: „Wir werden niemals die gleiche Argumentation wie die PSOE während des Irak-Krieges benutzen, als sie die Regierung Aznar für die Toten verantwortlich gemacht hat“.

Die gefallenen Soldaten sind unterdessen in einem Staatsbegräbnis beigesetzt und posthum mit einem hohen Orden ausgezeichnet worden. Die Regierung hat als Konsequenz aus dem Attentat angekündigt, mehrere mit Breitbandstörern ausgerüstete Fahrzeuge, die eigentlich für Afghanistan bestimmt waren, in den Libanon zu schicken.



Bei einem Überraschungsbesuch des libanesischen Premierministers Fuad Siniora (im Foto mit Ministerpräsident Zapatero) in Madrid hob Zapatero am Donnerstag den „noblen“ Charakter der UN-Mission im Libanon hervor und erklärte, Spanien werde seine Truppen in dem nahöstlichen Land belassen.

>> **Francesc Antich neuer Regionalpräsident der Balearen**

Gut vier Wochen nach den Regional- und Kommunalwahlen und einem langwierigen Tauziehen bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen steht der neue Regionalpräsident der Balearen fest. Das Amt übernimmt der Sozialist Francesc Antich (Foto). Er stützt sich dabei auf dieselbe Vielparteienkoalition, mit der er schon zwischen 1999 und 2003 regierte. Die Koalition verfügt über lediglich genau eine Stimme Mehrheit im Regionalparlament.



Der bisherige konservative Amtsinhaber Jaume Matas (Foto), der bei den Regionalwahlen nur knapp die absolute Mehrheit verfehlte, hatte in der letzten Woche seinen definitiven Rückzug aus der Politik angekündigt. Er bat bei seinem letzten Auftritt im Regionalparlament die neue Regierung darum, die Arbeitsweise der PP „unideologisch und losgelöst vom politischen Disput“ zu übernehmen. Ob dies gelingen wird, erscheint Beobachtern zweifelhaft. Antich ist im Parlament der Balearen auf die Stimmen eines breiten Parteienspektrums angewiesen. Dieses erstreckt sich von der national-



listischen „Unió Mallorca“ über eine „Block“ genannte bunte Ko-

alition aus der kommunistischen „Vereinigten Linken“ (IU), Grünen, dem balearischen Ableger der katalanischen Linksrepublikaner und der sozialistischen Partei Mallorcas. Aus diesem Spektrum sind auch immer wieder Forderungen nach Unabhängigkeit für die Balearen zu vernehmen. Der designierte Regierungschef sagte zu solchen Vorstößen auf die Fragen von Journalisten, er sei „in dieser Hinsicht ganz ruhig“.

Aber auch die PP wird dem künftigen Regionalpräsidenten aus der Opposition heraus keine Ruhe gönnen. So kritisierte die bisherige Stellvertreterin von Matas, Rosa Estaràs, die Ernennung von Maria Antònia Munar von der „Unió Mallorca“ zur Parlamentspräsidentin. Dies würde bedeuten, dass der Vorsitz des Parlaments der Partei zufällt, die „am wenigsten Stimmen erhalten habe“. PP-Generalsekretär Àngel Acebes, der sich in der letzten Woche ebenfalls auf den Balearen aufhielt, beschrieb die neue Regierung bereits jetzt als „geballte Konfusion“. „Für den Fall der Fälle“ stehe die PP jedenfalls sofort bereit, die Regierung auf den Balearen wieder zu übernehmen.

>> **Spanien reklamiert im Meer gefundenen Goldschatz für sich**



Spanien verteidigt seinen Anspruch auf den Schatz, der im Mai vom ameri-

kanischen Bergungsunternehmen Odyssey Marine Exploration zwischen Portugal und Marokko gehoben wurde. Die spanische Kulturministerin Carmen Calvo erklärte, die 500.000 Gold- und Silbermünzen im geschätzten Wert von 370 Mio. Euro hätten sich zwar aller Wahrscheinlichkeit nach in internationalen Gewässern



befunden, das Kulturministerium gehe jedoch davon aus, dass es sich bei der Galeone aus der Kolonialzeit um ein spanisches Schiff handle. In diesem Fall würde der Schatz nach spanischem, amerikanischem und internationalem Recht Spanien zustehen. Calvo bestätigte mit ihren Darstellungen die Beteuerungen von Odyssey, das Schiffswrack in internationalen Gewässern ausfindig gemacht zu haben. Nach den bisher ausgewerteten Aufzeichnungen von Guardia Civil und Marine haben sich die Odyssey-Suchboote in den Tagen vor der Bekanntgabe des Schatzfundes außerhalb der Straße von Gibraltar befunden. Das Kulturministerium werde jedoch trotzdem „mutmaßliche illegale Aktivitäten von Odyssey“ untersuchen, so Calvo.

Ein Gericht in Cádiz hatte zuvor angeordnet, die Schiffe *Odyssey Explorer* und *Ocean Alert* im Hafen von Gibraltar festzusetzen. In einer teils heftig geführten Parlamentsdebatte kritisierte die PP die „schlechte Koordination und Vernachlässigung des Falles“ durch die Regierung. Die Sprecherin der PP im Kulturausschuss, Beatriz Rodrí-

guez Salmones, kündigte an, die Volkspartei werde einen Plan zur Wiederbeschaffung von spanischen Schiffswracks in Form eines Entschließungsantrags in den Kongress einbringen. Kulturministerin Calvo erinnerte die PP daran, dass die beiden einzigen Genehmigungen an Odyssey von ihren ehemaligen Ministern Mariano Rajoy und Pilar de Castillo ausgestellt worden seien.

>> **TOP der Woche** **im Parlament**

Die Debatte zur „Lage der Nation“. Über diese Debatte, die von der Opposition zur Generalabrechnung mit der Regierung genutzt wird, berichtet der „Newsletter aus Madrid“ in seiner nächsten Ausgabe ausführlich.



Impressum:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/ Adriaan
Kühn/ Joscha Schmitz
Design: Normann Kreuter
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
KAS im Internet:
www.kas.de/espana